Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 5

Artikel: Amerikanische Illusionen
Autor: Gitermann, Valentin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335398

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und der Mut Einzelner ist ebensowenig zu bezweifeln wie die Klugheit anderer, aber vor allem muß festgestellt werden, daß ohne die Reaktionäre die Nazi nie an die Macht gekommen wären — mag es sich um Schacht handeln, der sich schon vor 1933 mit Hitler verbündete und durch seine Tätigkeit die Aufrüstung finanzieren half, oder um den vielgenannten Canaris, der in jeder antirepublikanischen Lumperei zwischen 1919 und *1933* seine Finger stecken hatte, oder um Niemöller, für dessen Nationalismus sein Buch mit dem gotteslästerlichen Titel «Vom U-Boot zur Kanzel» Zeugnis ablegt, oder um Gisevius selbst, dessen staatsfeindliche Tätigkeit die doch gewiß sehr langmütige Weimarer Republik mit einer Strafversetzung ahndete.

Niemand wird die deutsche Sozialdemokratie freisprechen wollen von den schweren Fehlern, die sie begangen, aber sie war, mit ganz geringen Ausnahmen aus den Reihen der bürgerlichen Demokratie, die einzige Partei, die wenigstens den ehrlichen *Willen* zur Errichtung einer demokratischen Republik zeigte. Nach guter alter Sitte aus dem Bismarckschen Deutschland hielten Junker und Bourgeois nur die Gesetze, die ihnen genehm waren, und aus der öffentlichen Verhöhnung und Untergrabung des Versailler Vertrages, an den Deutschland staatsrechtlich gebunden war, entstand jener Sumpf von Konspiration und Korruption, als dessen übelste Blase das Hitler-Regime anzusehen ist.

Gisevius' Buch mit seinem borniert-reaktionären Standpunkt beweist, daß sein Verfasser auch heute noch nicht versteht, woran Deutschland zugrunde ging. Solange die Kreise, denen er entstammt, nicht rückhaltlos ein Bekenntnis zur Demokratie ablegen und damit ihre eigenen schweren politischen Fehler eingestehen — mit platonischen Schuldbekenntnissen ist hier gar nichts geholfen —, so lange wird man Schriften aus ihrer Mitte nicht als Anklage gegen die Nazi, sondern als Verteidigung in eigener Sache ansehen müssen — woraus sich ergibt, was von ihnen zu halten ist, denn jedes Strafgesetzbuch der Welt gewährt einem Angeklagten das Recht, sich nicht an die Wahrheit halten zu müssen, wie es auch jeden Zeugen von der Pflicht befreit, sich selbst zu belasten.

VALENTIN GITERMANN

Amerikanische Illusionen

Die Behauptung, daß die Menschen aus der Geschichte nichts lernen, scheint der Wahrheit doch nicht ganz zu entsprechen. Große Teile des amerikanischen Volkes wenigstens sind entschlossen, gewisse wirtschaftspolitische Fehler, die von

den Vereinigten Staaten nach dem ersten Weltkrieg begangen worden sind, in der heutigen Situation unbedingt zu vermeiden.

Von diesem Willen, aus katastrophalen Erfahrungen der Vergangenheit für eine ersprießliche Gestaltung der Gegenwart und Zukunft den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, ist ohne Zweifel *Henry A. Wallace* erfüllt. In seinem Buche: «Sixty Million Jobs»* geht er von der Feststellung aus, daß die USA «durch die Planlosigkeit der 1920er Jahre» ihre eigene Volkswirtschaft, wie auch diejenige anderer Nationen, nach vorübergehender Hochkonjunktur in eine gewaltige Krise hätten versinken lassen. In den «fetten» Jahren 1925—1929 seien viele Tausende von Amerikanern davon überzeugt gewesen, «auf den Zauberpferden der Spekulation den Weg zu rascher Bereicherung gefunden zu haben». Als zwangsläufiges Resultat dieses verantwortungslosen, spekulativen Geschäftsgebarens sei 1929 ein schrecklicher Zusammenbruch eingetreten, der eine Reihe «magerer» Jahre eröffnete. Die 100-Milliarden-Kaufkraft, deren sich das Volk der USA während der «Prosperity» erfreuen durfte, sei schon 1932 auf die Hälfte gesunken, wobei die Depression 10 bis 16 Millionen Menschen arbeitslos gemacht habe. Und diesmal, nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, sieht Wallace *dieselbe Gefahr wieder auftauchen.* Wie leicht könnte, meint er, schon in einem nahen Zeitpunkt, nach Behebung der Anfangsschwierigkeiten, eine kurzfristige Konjunktur sich entfalten (Hausse im Wohnungsbau, guter Geschäftsgang in der Flugzeug-, Auto-, Radio- und Kühlschrank-Industrie, umfangreicher Export) und darauf eine Krise sich einstellen, «noch schauderhafter als damals»! Diese volkswirtschaftliche Fehlentwicklung, die selbstverständlich Revolutionen und Kriege heraufbeschwören müßte, läßt sich, nach Wallace, nur dann verhüten, wenn «die leitenden Persönlichkeiten der Verwaltung, der Industrie, der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und des Handels» — ihrer nach dem ersten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen eingedenk — sich zum Prinzip einer bewußten *Wirtschaftslenkung* bekennen und das Werk einer solidarischen «*Planung*» in Angriff nehmen.

Vor allem setzt sich Wallace für ein Programm der *Vollbeschäftigung* ein. Er beruft sich dabei auf eine am 20. Oktober 1944 in Chicago gehaltene Rede, in welcher Präsident Roosevelt der amerikanischen Sozialpolitik die Aufgabe zuwies, in der Nachkriegszeit für die Werktätigen der USA 60 Millionen Arbeitsplätze bereitzustellen. Wallace vertritt das Postulat, daß mit 60 Millionen Arbeitskräften eine Produktion im Werte von 200 Milliarden Dollar erzeugt und — teils im Inland, teils im Ausland — auch abgesetzt werden müsse. Er bemüht sich, in seinem Buche nachzuweisen, daß diese Forderung erfüllbar sei. Er skizziert die Methoden, welche — seiner Ansicht nach — angewendet werden sollen, um den Zustand der Vollbeschäftigung zu erreichen und in zunehmendem Umfang auch dauernd aufrechtzuerhalten. Er stellt «die unausbleibliche Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit und des Chaos» in Aussicht, für den Fall, daß die amerikanische Volkswirtschaft nicht 60, sondern nur 50 Millionen Werktätige zu engagieren vermöchte.

Der Standpunkt, den Wallace hier einnimmt, kann dem amerikanischen Publikum weder als neu noch als originell erscheinen. Schon 1943 hatte Professor *Jacob Viner*, ein Nationalökonom liberaler Richtung, der als Berater des Präsidenten

---

* Henry A. Wallace, Arbeit für sechzig Millionen Menschen (Sixty Million Jobs). Deutsch von William G. Frank. 241 Seiten. Steinberg Verlag, Zürich 1946.

Roosevelt bekannt war, in einem zu Chicago gehaltenen Vortrag gesagt: «Sofern eine Wiederkehr der Arbeitslosigkeit, und zwar ohne Anwendung totalitärer Methoden, nicht verhindert werden kann, besteht keine Hoffnung auf Schaffung einer friedlichen Welt ... Die Regierungen der Nachkriegszeit müssen daher unter allen Umständen die volle Verantwortung für die gemeinsame Bekämpfung der großen sozialen Übel, der Wirtschaftsdepressionen und der Arbeitslosigkeit, übernehmen.» Eine gewisse «Originalität» kann Wallace höchstens insofern für sich in Anspruch nehmen, als er seinen Lesern zwar gutgläubig, aber auf besonders konfuse Weise die Lehre predigt, daß es möglich sei, planmäßige Lenkung der Wirtschaft *und* Freiheit der kapitalistischen Privatinitiative harmonisch nebeneinander bestehen zu lassen. Wallace erweist sich dabei als ausgezeichneter Propagandist amerikanischer Illusionen, denen er allerdings auch selbst erliegt. Die Widersprüche, in die sich der Autor des Buches «Sixty Million Jobs» verwickelt, sind, wie nicht anders zu erwarten, außerordentlich zahlreich.

Es wäre reizvoll, die vorliegende Schrift des Amerikaners Wallace mit den Publikationen des Engländers Beveridge zu vergleichen. Über die Probleme der Sozialversicherung und der Vollbeschäftigung hat Beveridge wohldurchdachte, minuziös berechnete Gutachten aufgebaut, die den Leser schon durch ihre fachwissenschaftliche Form, insbesondere aber durch ihre komplizierte Beweisführung zu intensiver Mitarbeit nötigen. Wallace dagegen wendet sich, selbst burschikose Redewendungen nicht verschmähend, gleichsam als Volksredner an den «Mann von der Straße»; völlig unbekümmert operiert er mit Begriffen und Formeln, die vom Standpunkte sowohl der Wissenschaft als auch der Praxis sehr anfechtbar, dafür jedoch um so besser geeignet sind, Wunschträume zu bestätigen, die in gewissen Schichten der USA-Bevölkerung (und nicht nur dort) gehegt werden. Beveridge, durchaus kein Anhänger sozialistischer Theorien, gibt mit unbestechlicher Objektivität ausdrücklich zu: «Sollte die Erfahrung oder bessere Einsicht lehren, daß die Abschaffung des privaten Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln für die Verwirklichung des Vollbeschäftigungsprogramms erforderlich ist, so wird dieses (Eigentums-)Recht beseitigt werden müssen». Beveridge hat auch den Mut, zu konstatieren, daß «die Freiheit, Produktionsmittel zu besitzen und andere Bürger für die Bedienung dieser Produktionsmittel als Lohnarbeiter anzustellen», nicht zu den «*allgemeinen* Grundrechten des freien Bürgers» gezählt werden dürfe, weil von dieser Freiheit faktisch doch stets nur ein *kleiner Teil* des Volkes Gebrauch machen könne. Wallace dagegen redet seinem Publikum ein, daß der Zutritt zum wirtschaftlichen Wettbewerb sozusagen jedermann offenstehe, daß die Handels- und Gewerbefreiheit ein fundamentales demokratisches Freiheitsrecht sei, und daß gerade die Freiheit der privaten Unternehmerinitiative die wichtigste Voraussetzung der Vollbeschäftigung bilde ...

Wenn man Wallace gerecht werden will, darf man nicht außer acht lassen, daß in seiner Terminologie zwischen «Planung» und «Planwirtschaft» ein grundsätzlicher Unterschied besteht. *Planwirtschaft* ist für Wallace identisch mit einer zentralistischen, gouvernementalen Beherrschung des Wirtschaftsgefüges. Dieses System lehnt er ab, weil es mit den Freiheitsidealen des amerikanischen Volkes unvereinbar sei. Die *Planung* dagegen, die er leidenschaftlich befürwortet, soll durch permanente, nach den Methoden der Demokratie geführte Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Union, der Gliedstaaten und Gemeinden, den Vertretern des Privat-

kapitals, der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft usw. verwirklicht werden. Wallace appelliert an die Einsicht aller Bürger seines Vaterlandes. Er fordert sie auf, die Vollbeschäftigung durch freiwillige nationale Kooperation zu gewährleisten, und er weist darauf hin, daß die Politik solidarischer Planung relativ nur geringe Unkosten verursachen könne, während das Einreißen einer neuen Massenarbeitslosigkeit dem ganzen Volk ungeheure Opfer und Verluste auferlegen würde. Ganz offen spricht Wallace die Tatsache aus, daß es vor allem die unteren Schichten sind, die die Notwendigkeit demokratischer Planung schon einsehen, und daß nur eine schmale, dafür aber um so geräuschvollere Oberschicht dagegen Opposition macht, indem sie jede Art von Planung als «Hitlerische Tyrannei» verleumdet und durch «schmutzige Schurkenarbeit» sabotiert, wobei sie noch die Unverfrorenheit besitzt, «sich in die Fahne des Patriotismus zu hüllen». Wallace deutet auch an, daß es gewissenlose Leute gibt, die «im Grunde ihres Herzens eine ständige Arbeitslosigkeit von etlichen Millionen nicht ungern sähen», weil sie des Glaubens sind, daß die Konkurrenz der Arbeitslosen die Löhne niedrig und die Profite hoch halte. Es kann somit Wallace nicht verborgen geblieben sein, daß in der Bevölkerung der USA scharfe Klassengegensätze — nebst den zugehörigen ideologischen Konflikten — existieren, und daß die oberen Zehntausend, die schon Roosevelts Politik so fanatisch bekämpften, nach wie vor entschlossen sind, jedem sozialen Fortschritt einen sturen, ja verbrecherischen Widerstand zu leisten. Ausdrücke wie «Bauernfängerei», «genasführte Schwachköpfe», «schmutzige Schurkenarbeit», «Heuchler, die alles ersticken möchten, was an unsern Institutionen frei, anständig und Gott wohlgefällig ist», darf man gewiß als deutliche Anspielungen auf heute schon sichtbare Keime eines amerikanischen Faschismus interpretieren. Dennoch glaubt Wallace zuversichtlich daran, daß es den Vereinigten Staaten gelingen werde, ohne Antastung des kapitalistischen Privateigentums und ohne Einschränkung der Unternehmerinitiative «eine Welt allgemeinen Wohlergehens» aufzubauen und «eine Wirtschaftsdemokratie zu entwickeln, die der ganzen Welt zum Muster dienen könnte».

Das allgemeine Wohlergehen, von dem er da spreche, versichert Wallace, sei «kein unwirkliches Phantasiegebilde». Trotzdem müssen wir Wallace als einen wirklichkeitsfremden Romantiker bezeichnen, der seine Visionen in die Sprache der modernen, realistischen Wirtschaftspolitik zu kleiden versteht und sich des romantischen Charakters seiner Projekte nur deshalb nicht bewußt wird, weil er sie, noch allzu sehr in den Kategorien bürgerlicher Ökonomik befangen, nicht nach allen Richtungen hin zu Ende denken kann.

Sehen wir zu, inwieweit er sich selbst *ad absurdum* führt.

Mit Recht hebt Wallace zunächst hervor, daß Vollbeschäftigung nur möglich ist, wenn die Masse der Werktätigen insgesamt über ein hohes Einkommen, über eine beträchtliche Kaufkraft verfügt. An Hand der Einkommensstatistik demonstriert Wallace, daß mindestens drei Viertel aller amerikanischen Familien «ihre richtige Rolle als Kunden» noch gar nicht haben spielen können, daß also die höchstmögliche Kapazität des inländischen Marktes der USA noch gar nicht ausgenützt worden sei. Während des zweiten Weltkrieges, als alle Leute dank der intensiven Rüstungsproduktion gut verdienten, habe man sehen können, was Massenkonsum bedeutet. Nun stehe man vor der Aufgabe, den Lebensstandard der Werktätigen auch im Frieden weiterhin zu erhöhen, um die Absatzmöglichkeiten der Produzenten, trotz

dem Wegfall des Heeresbedarfes, vor Einschrumpfungen zu bewahren. Es gelte folglich, das während des Krieges erreichte hohe Lohnniveau unter keinen Umständen sinken zu lassen. Um gute Kunden zu sein, müssen die Amerikaner treue Dauerkunden sein, und um Dauerkunden zu sein, müssen sie Dauerstellungen haben. Wallace empfiehlt, die Konsumkraft der untersten Bevölkerungsschicht um hundert Prozent zu erhöhen, das während des Krieges entstandene Komitee für faire Anstellungsbedingungen (" Fair employment Practice Committee ") beizubehalten, es mit richterlichen Befugnissen auszustatten und seine Entscheidungen für verbindlich und vollstreckbar zu erklären. Gleichzeitig begeistert sich Wallace für «das wahre, aktive amerikanische Geschäftsprinzip»: eine immer größere Produktion zu immer niedrigeren Preisen zu entfalten.

Hier klaffen die ersten wichtigen Lücken im Gedankengang unseres Autors. Gesetzt der Fall, daß es gelinge, den Widerstand des Unternehmertums zu brechen und wesentlich höhere Lohnsummen als bisher in die Bevölkerung hineinzupumpen. Bei hohen Löhnen lassen sich die Herstellungskosten nur durch weitgehende Automatisierung des Produktionsapparates reduzieren. Im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse führt dies aber bekanntlich (nach vorübergehender Zunahme des Beschäftigungsgrades dank der Erstellung modernster Anlagen) zwangsläufig zur Verdrängung menschlicher Arbeitskraft durch maschinelle, somit zur Arbeitslosigkeit, die doch — koste es was es wolle — vermieden werden soll. In seinen Ausführungen sagt Wallace nichts, was als Replik auf diesen Einwand gelten könnte. Er erwähnt auch mit keinem Wort, welch verhängnisvolle Wirkungen die «Rationalisierung» der 1920er Jahre gehabt hat.

Die Hoffnung auf Vollbeschäftigung trotz unaufhörlich wachsender Kapazität des Produktionsapparates sucht Wallace im wesentlichen durch zwei Argumente zu rechtfertigen. Erstens weist er auf die Möglichkeit großzügiger Arbeitsbeschaffung *in Amerika* selbst hin. Es gelte, die Elendsviertel der Großstädte zu sanieren und die Wohnungsnot zu überwinden. In den USA seien 16 bis 19 Millionen Wohnungen neu zu erstellen und 9 bis 10 Millionen Wohnungen zu renovieren; im Baugewerbe könne man folglich einige Millionen Menschen «mindestens zehn Jahre lang» beschäftigen. Die Automobilindustrie werde «vier bis fünf Jahre lang» zu tun haben, nur um die während des Krieges aufgestaute Nachfrage zu befriedigen; nach vorsichtiger Schätzung werde sie in dieser Zeit jährlich 6 bis 8 Millionen Privatwagen absetzen können. Aus demselben Grunde seien auch andere Branchen in der Lage, ihre Produktion auf Hochtouren laufen zu lassen, bis die Magazine und Läden mit allen möglichen, bisher entbehrten Waren «frisch aufgefüllt» sind. Abgenutzte Fabrikanlagen und Maschinen seien zu ersetzen, aufgeschobene Investierungen nachzuholen, die ökonomisch rückständigen Südstaaten der USA zu industrialisieren usw. Der Gesundheitsdienst verlange Spital-Neubauten mit mehr als 400 000 Betten. Aus der Anlage von Staudämmen, Kraftwerken, Flugplätzen, Autostraßen werde sich eine großzügige Arbeitsbeschaffungspolitik ergeben. Zweitens aber will Wallace außer der amerikanischen Nachfrage auch diejenige des *Weltmarktes* in Rechnung stellen. Die amerikanische Volkswirtschaft wird am Wiederaufbau Europas, an der Industrialisierung Asiens und Südamerikas mitzuwirken haben. Was der amerikanische Markt nicht schlucken kann, soll also durch Export abgesetzt werden. Auf diese Weise, meint Wallace, wird es möglich sein, das amerikanische Nationaleinkommen alle zwanzig Jahre zu verdoppeln, es auf 200 Milliar-

den, später auf 400 Milliarden Dollar zu steigern, und so immer fort, in geometrischer Progression. Die Hauptaufgabe der Staatsgewalt wird dabei darin bestehen, dem freien Unternehmertum seine Freiheit zu gewährleisten, es stets aufs neue bis zum Beschäftigungsmaximum zu stimulieren, das Tor der günstigen Möglichkeiten offen zu halten und den behaupteten Markt zu sichern.

Die Irrtümer und die Gefahren, mit denen diese Konzeption behaftet ist, sind nicht schwer zu erkennen. Wallace hat die wichtigste Ursache der kapitalistischen Wirtschaftskrisen nicht scharf genug ins Auge gefaßt. Sie besteht, summarisch gesagt, darin, daß auch in der Hochkonjunktur die Kaufkraft der Konsumenten mit der Zunahme der Produktionskapazität nicht Schritt zu halten vermag. Deshalb gerade mißt Wallace dem Exportventil so große Bedeutung zu. Er wird jedoch nicht bestreiten können, daß dieses Exportventil leicht verstopft werden kann. Auch andere kapitalistische Länder sind auf Steigerung ihrer Ausfuhr angewiesen, und es müssen sich aus solchen Bestrebungen die schärfsten Konkurrenzkämpfe um die Aufteilung des Weltmarktes ergeben. Es nützt nichts, wenn Wallace beschwörend ausruft: «Nur darf der Außenhandel nicht zum Streitpunkt unter den Völkern werden, kein Ringen um die Oberhoheit dabei entstehen.» Auf platonische Wünsche dieser Art pflegt die Weltgeschichte keine Rücksicht zu nehmen. Was die Industrialisierung Asiens anbelangt, so gibt Wallace selber zu, daß beispielsweise China die Mitwirkung Amerikas nur vorübergehend nötig haben und über kurz oder lang imstande sein werde, einen großen Teil seiner Bedürfnisse an Verbrauchsgütern und Erzeugnissen der Schwer- und Leichtindustrie selber zu decken. Diese Feststellung gilt analog auch für Südamerika, für die verwüsteten Länder Europas usw. Je intensiver Amerika, im Interesse der Vollbeschäftigung, den Export von Produktionsmitteln betreibt, desto rascher wird es seinen Export untergraben und die Epoche der Hochkonjunktur in die Krise umschlagen lassen. Überflüssig zu betonen, daß mit dieser Perspektive auch die Gefahr einer imperialistischen Expansionspolitik der USA verknüpft ist.

Ausführlich beschäftigt sich Wallace mit einem volkswirtschaftlichen «Nationalbudget», das er «ausbalancieren» will. Er vermag dabei jedoch eine der wichtigsten Fragen nicht zu beantworten. Er spricht über die Erzeugung von «Waren und Diensten», ohne bei den Waren zwischen Konsumgütern und Produktionsmitteln zu unterscheiden und ohne ein quantitatives Verhältnis zwischen diesen Kategorien zu statuieren. An einer Stelle (Seite 200) dämmert ihm die Erkenntnis auf, welch große Bedeutung gerade dieses Problem besitzt; er begnügt sich aber damit, es nur flüchtig zu streifen. Immerhin gibt er zu, daß er nicht in der Lage ist, «exakt den Ausgleichspunkt zwischen Kauf- und Produktionskraft festzustellen». Dies bedeutet doch wohl, daß sein «Nationalbudget» keinen Schutz vor Fehlinvestitionen zu bieten vermag.

Ein Hindernis der Vollbeschäftigung erblickt Wallace mit Recht in der Machtstellung riesiger Kartelle und Trusts, die dank ihrem Kapitalreichtum die moderne Industrieforschung monopolisieren und Tausende von Kleinunternehmungen von der Nutzbarmachung wissenschaftlicher Fortschritte ausschließen. Wallace spricht den Wunsch aus, daß die Bundesregierung «für eine weitgehende Erreichbarkeit von Forschungs- und Untersuchungsergebnissen sorgen» möge, ohne indessen sagen zu können, wie dieses Ziel im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse zu erreichen sei. Wallace äußert seinen Kummer darüber, daß die Zahl der gewerblichen Klein-

betriebe sich vermindert, statt zuzunehmen; wie man die kleinen Produzenten aber vor den Folgen der Kapitalkonzentration, vor der Vernichtung durch die Mammutunternehmungen schützen soll, bleibt Geheimnis.

Die von Wallace verfochtene «Wirtschaftsdemokratie» soll dadurch charakterisiert sein, daß in ihr die verschiedenen Wirtschaftsgruppen je eine gleich große Macht ausüben können, und daß diesem Recht die Pflicht gegenübersteht, dem Wohlergehen der Allgemeinheit zu dienen. Dabei ignoriert Wallace die Tatsache keineswegs, daß es in Amerika industrielle Giganten gibt, die über eine besonders große ökonomische und politische Macht verfügen. Wallace scheint seine monopolistischen Pappenheimer durchaus zu kennen: «Aus langjähriger, bitterer, kostspieliger Erfahrung wissen wir auch», schreibt er, «daß wir dem Monopolisten scharf auf die Finger sehen müssen, denn er ist nie zu alt, um nicht neue Tricks hinzuzulernen; er übt und verbessert sie jeden Tag». Dennoch findet Wallace nicht den Mut, eindeutige sozialistische Maßnahmen zur Brechung der Machtpositionen des Großkapitals vorzuschlagen. Er erklärt, nicht einmal eine Revision der amerikanischen Verfassung befürworten zu wollen. Der Respekt vor dem kapitalistischen Privateigentum und vor den Fundamenten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung hindert ihn daran, zu klaren Erkenntnissen vorzustoßen und in seinen Schlußfolgerungen konsequent zu sein. Deshalb ist sein Buch auch nicht geeignet, das amerikanische Volk über die ihm tatsächlich drohenden Gefahren aufzuklären. Die von Wallace empfohlene Politik führt über einen kurzfristigen Boom direkt in den Zusammenbruch. Möge er in seinem Lande Gegner finden, die sich, wo es nötig ist, nicht scheuen, mit Überzeugungskraft und Nachdruck für den Gedanken der Sozialisierung einzutreten.

PAUL WERTHEIMER

Zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens in England

Wenn es ein Gebiet gibt, das die Regierungsgewalt keinesfalls der Privatinitiative ausliefern und das nicht zum Spielball kaufmännischer Interessen werden darf, so ist es das des öffentlichen Gesundheitswesens. Anderseits kann dieser lebenswichtige Sektor keiner starren gesetzlichen Regelung unterworfen werden, die das wesentliche Prinzip außer acht lassen würde, das man mit der zwar etwas groben, aber durchaus bezeichnenden Formel ausgedrückt hat: «Dein Leib gehört dir!» Bei einer solchen gesetzlichen Regelung muß auch der moralischen Rolle des Arztes Rechnung getragen werden. Dem Kranken muß das Recht der freien Arztwahl überlassen bleiben, da das Vertrauen des Patienten zu seinem Arzt einen unbestreitbaren, wenn auch beim augenblicklichen Stand der Wissenschaft noch nicht ab-